

Frau Svenja Schulze  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit  
11055 Berlin

Per E-Mail: [svenja.schulze@bmu.bund.de](mailto:svenja.schulze@bmu.bund.de)

03.04.2020

---

## **Recycling- und Entsorgungswirtschaft krisensicher aufstellen: Forderungen der deutschen Kreislaufwirtschaft**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Corona-Pandemie stellt auch die Recycling- und Entsorgungswirtschaft vor große Herausforderungen. Unsere Unternehmen sind unverzichtbar für die deutsche Kreislaufwirtschaft und eine notwendige Bedingung für die Rohstoffsicherung Deutschlands in Zeiten angeschlagener Lieferketten. Um die Kreislaufwirtschaft auf Dauer krisensicher fortzuführen, halten wir folgende Maßnahmen für unverzichtbar:

### **1. Getrenntsammlung aufrechterhalten**

Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass die Getrenntsammlung von Hausabfällen aufgehoben wird. Gerade bei Glas und Papier sind die Einsatzquoten der gesammelten Wertstoffe so hoch, dass ohne eine permanente Belieferung mit Recyclingrohstoffen die Produktion neuer Waren zum Erliegen käme. Die aktuelle Situation stellt einmal mehr die Notwendigkeit dar, das Bestehen von Produktionsketten sicherzustellen. Mit der permanenten Sammlung von Wertstoffen, die der produzierenden Industrie als Recyclingrohstoffe zugeführt werden, leistet die deutsche Kreislaufwirtschaft ihren Beitrag, dass die Produktionskette nicht reißt.

### **2. Recycling- und Entsorgungswirtschaft als „systemrelevante Infrastruktur“ einstufen**

Wir tragen dafür Sorge, dass sowohl häusliche als auch industrielle Abfälle eingesammelt, transportiert, sortiert und für die nachgelagerte Industrie wiederaufbereitet werden. Unsere Unternehmen kümmern sich um das Recycling und die Entsorgung aller relevanten Recyclingrohstoffe, wie zum Beispiel Papier, Glas, Kunststoffe, Textilien, Metalle und Stahl. Der Einsatz der Branche diese Recyclingrohstoffe herzustellen, welche umwelt-, klimafreundlich und energiesparend sind, leistet einen maßgeblichen Beitrag für die deutsche Kreislaufwirtschaft sowie den Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die Rohstoffsicherung der Industrie. Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass alle Bundesländer sämtliche Bereiche der Recycling- und Entsorgungswirtschaft zur „systemrelevanten Infrastruktur“ zählen.

### **3. Aufstockung von Lagerkapazitäten flexibilisieren**

Die Bundesländer müssen unbürokratische, genehmigungsrechtliche Ausnahmen zur Erhöhung der Lagerkapazitäten zulassen, damit Annahmestopps vermieden werden und der Recyclingkreislauf nicht unterbrochen wird.

### **4. Verfügbarkeit von Schutz- und Hygieneartikel sicherstellen**

Es muss sichergestellt werden, dass die Recycling- und Entsorgungswirtschaft mit genügend Schutz- und Hygienematerialien ausgestattet wird, damit Unternehmen den Arbeitsschutz gewährleisten können. Selbstverständlich hat die Bevorzugung von Krankenhäusern und Altenheimen Priorität.

### **5. Gesamteuropäische Lösung beim Transport von Wertstoffen**

Der freie Verkehr von Wertstoffen muss von den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU sichergestellt werden, um Kapazitätsengpässe zu verhindern. Dazu schlagen wir Folgendes vor: Die Behörden verlängern alle gültigen Notifizierungen, auf neue Notifizierungsverfahren wird vorübergehend verzichtet und soweit es möglich ist, werden standardisierte E-Formulare erstellt. Grundsätzlich wird das österreichische Vorgehen präferiert. Dort sind auf Abfalltransportdokumenten wie Lieferscheinen, Anhang VII-Dokumenten und Frachtbriefen keine Unterschriften mehr erforderlich. Stattdessen werden die Dokumente mit dem Hinweis „C19“ oder „COVID 19“ gestempelt.

### **6. Liquidität der Kreislaufwirtschaft sicherstellen**

Wichtig ist eine schnelle und unbürokratische Hilfe für mittelständische Unternehmen. Kredite müssen schnell und unkompliziert gewährt werden, zumal die KfW für 90 Prozent der Kreditsumme garantiert, was das Kreditrisiko der Banken auf maximal 10 Prozent reduziert. Die Banken sind in der Pflicht ihrer Verantwortung nachzukommen. Gegebenenfalls muss das Förderprogramm praxisentsprechender nachgeschärft werden.

### **7. Pragmatische und flexible Lösungen in der Behördenlandschaft**

Die lokalen Behörden sollten im Umgang mit Unternehmen eine größtmögliche Flexibilität bei Fristen, Regularien und Audits gewährleisten, besonders bei Unternehmen mit denen sie zuverlässig seit Jahren zusammenarbeiten.

Für Rückfragen stehen die unterzeichnenden Verbände gerne für Sie bereit.

Mit freundlichen Grüßen



---

**Peter Kurth**

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen  
Entsorgungs-, Wasser und Rohstoffwirtschaft e. V.  
(BDE)



---

**Andreas Schwenter**

Präsident der Bundesvereinigung Deutscher  
Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V.  
(BDSV)



---

**Bernhard Reiling**

Präsident des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe  
und Entsorgung e. V.  
(bvse)



---

**Petra Zieringer**

Präsidentin des Verbands Deutscher Metallhändler e. V.  
(VDM)